

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str. 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211/8302908
Fax 0211/1711453
E-Mail azadi@t-online.de
Internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Layout: Holger Deilke

Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Kto-Nr. 8 035 782 600

Friedliche Lösung nur mit allen Seiten möglich

Kongra-Gel und Abdullah Öcalan müssen beteiligt sein

Im Azadi-infodienst 84 veröffentlichten wir 13 Fragen, mit denen Kurdinnen und Kurden konfrontiert werden, die (beispielhaft) bei der Ausländerbehörde Hildesheim eine Verlängerung ihres Aufenthaltsstatus beantragen. Wir haben unsere Leserinnen und Leser gebeten, uns mitzuteilen, wie sie diese Fragen beantworten würden bzw. was sie von solchen Tests halten. Geschrieben hat uns Pater Wolfgang Jungheim von PAX CHRISTI und DIALOG-KREIS, dessen Antworten wir nachstehend dokumentieren:

1. Wie stehen Sie zu Ihren Handlungen in der Vergangenheit?

Ich fühle mich den Kurden sehr verbunden und wir haben über Pax Christi und Dialogkreis immer wieder versucht, Vertrauen zu den Kurden und ihren Organisationen aufzubauen wie auch zu den türkischen. Die türkischen unterstützten uns bei diesen Anstrengungen allerdings nicht, die Kurden ja. Dabei machte ich die Erfahrung, dass wir so mehr Vertrauen hinsichtlich Gewaltanwendung erreichten als die Verbots- und Verfolgungspolitik der türkischen, deutschen und auch der europäischen Regierungen.

Wenn wir auch bedauern, dass immer noch auf Gewaltanwendung gebaut wird – nicht nur von den Kurden, auch von den Natostaaten – so haben wir doch die Erfahrung gemacht, dass selbst die sogenannten „terroristischen“ Verbände der Kurden mehr Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung zeigten als die Türkei und Natostaaten und hierbei auch mehrfach auf einseitige Schritte setzten (Waffenstillstände, Entsendung von Friedensgruppen).

2. Welche kurdischen Vereine besuchen Sie und mit welcher Intensität? Sind Sie Mitglied in einem kurdischen Verein? 3. Wie ist Ihre Einstellung (derzeit und waren abweichend früher) zum KONGRA-GEL? (Kennen Sie die Ziele und Bestrebungen, wissen Sie, wie die Partei organisiert ist, wie stehen Sie zu den Zielen? Was halten Sie von der Umsetzung der Ziele?)

Auch ich stehe mit Kongra-Gel für mehr Rechte der Kurden innerhalb des türkischen Staates und für Verhandlungen mit Kongra-Gel und Öcalan für eine solche Lösung in der Türkei. Die türkischen Nationalisten ließen sich auch nicht verdrängen und werden es auch nicht trotz undemokratischer Denkweisen und menschenrechtswidrigem Nationalismus in ihrem Programm, in ihrem Denken, Reden und Tun. Ein Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen mit und für die Kurden, wozu sich Kongra-Gel glaubhaft durchgerungen hat im Gegensatz zu den türkischen Organisationen und Parteien, ist es, eine Lösung innerhalb des türkischen Staates zu erreichen, also kein eigener Kurdenstaat mehr.

Aus dem Inhalt:

3 Verbotsspraxis

4 Repression

6 Gerichtsurteile

7 Asyl- und Migrationspolitik

8 Zur Sache: Türkei

9 Internationales

10 In eigener Sache

Ich wehre mich gegen Strukturen innerhalb des Kongra-Gel ebenso wie auf der türkischen Seite. Skandalöses gibt es aber auch immer wieder bei uns. Verhandlungspartner müssen sie sein, wenn wir eine wirklich friedlich-demokratische Lösung in der Türkei erreichen wollen. Südafrika oder Nordirland sind Beispiele dafür, dass es nicht anders zu einer Lösung kommt.



4. Sind Sie Mitglied des KONGRA-GEL?
5. Wie sieht Ihrer Meinung nach eine Mitgliedschaft aus?
6. Nehmen Sie Tätigkeiten für den KONGRA-GEL wahr (z.B. Spenden einsammeln, Verkauf von Fahr- und Eintrittskarten, Verteilen oder Verwaltung von Publikationen, Bereitstellen von Räumen)?
7. Treffen Sie sich mit Anhängern oder Führungspersonlichkeiten des KONGRA-GEL und wenn ja, mit wem und welcher Art ist dieser Kontakt? Wenn nein, wann war Ihr letztes Treffen mit wem?
8. Besuchen Sie Volksversammlungen, Newroz-Feiern, Demonstrationen oder andere kurdische Aktivitäten?
9. Zahlen Sie Gelder an den KONGRA-GEL, z.B. im Rahmen der jährlichen Spendenkampagne und wenn ja, wie viel?
10. Denken Sie, dass der KONGRA GEL Recht hat, wenn er sagt, dass Deutschland und die EU nicht genug für die Kurden in der Türkei tun?

Absolut ja. Die Friedensinitiativen der Kurden wurden und werden nie konsequent unterstützt und z.Z. gibt es meines Erachtens keine Regierungsproteste gegen das Parteienverbotssystem und seine Verhaftungswelle in der Türkei und sicher keine Initiative gegen einen drohenden Bürgerkrieg und für eine Friedenskonferenz.

Was sollte Deutschland Ihrer Meinung nach tun?

Mit den Natostaaten eine Friedensinitiative starten mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen und unter Einbeziehung des Kongra-Gel. Am Verhandlungstisch in Nordirland mussten schließlich auch die Gegner zugelassen werden und die hatten noch lange nicht so viele Friedensinitiativen/einseitige Waffenstillstände deklariert wie Kongra-Gel.

11. Wissen Sie, warum der KONGRA-GEL verboten ist?

Wir haben uns auch gegen eine undemokratische, gewaltbereite Struktur eingesetzt. Aber diese Struktur gab es verstärkt und gibt es in der türkischen Republik mit ihrem Sicherheitsrat. Erinnert sei an den SUSURLUK-Unfall 1996, ERGENEKON und weitere Aufdeckungen des „Tiefen Staates“. Und trotz der Zulassung der nationalistisch-radikalen MHP, des brutalen Umgangs mit minderjährigen Kurden, MenschenrechtlerInnen und kurdischen PolitikerInnen wird mit diesen verhandelt.

12. Würden Sie Abdullah Öcalan als Führer der Kurden bezeichnen?

Auf jeden Fall ist er für eine starke Gruppe der Kurden der Führer und er zeigt ein sehr deutlich auf eine demokratische Lösung hin orientiertes Verhalten.

13. Was halten Sie davon, wenn Kurden nach Deutschland kommen und hier nichts mit dem KONGRA-GEL zu tun haben wollen?

Es gibt Meinungsfreiheit auch für Kurden und auch für Kongra-Gel-Anhänger. Ich frage zurück: warum werden die Kongra-Gel-Mitglieder generell wie Verbrecher behandelt und nicht die im Verdacht stehenden türkischen Natomilitärs und Politiker?

Ich würde mir wünschen, dass die kurdische Bewegung mehr mit ihrem positiven Wirken gesehen und in ihren Friedensbemühungen bestärkt würde, als immer „das Kind mit dem Bade auszuschütten“.

Ergänzend möchte ich bemerken:

„Die PKK ist eine Realität der Türkei [...] Ein Resultat, das durch die historische kurdische Frage entstanden ist. [...] Diese Ideologie verfügt über eine Massenbasis. Die PKK besteht nicht nur aus 3000 Militanten im Irak... Die Generationen haben sich durch den 22 Jahre währenden Kampf verändert. Diese Menschen sind heute in einem Alter, in dem sie Einfluss in der türkischen Politik ausüben können, sie haben das Wahlalter erreicht. Sie haben politische Forderungen und es gibt legale, rechtliche Strukturen, die von dieser Organisation beeinflusst sind und die wir als Ansprechpartner betrachten. Das geht von den Stadtverwaltungen bis zu den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen. Außerdem gibt es organisierte Strukturen im Ausland. [...] Es geht darum, nach der Beseitigung der bewaffneten Kräfte auch die sich fortsetzenden Probleme beseitigen zu können, und sie auf eine legale, rechtliche Ebene des demokratischen Lebens zu ziehen. Das ist es, worum es geht. [...] Dem von der PKK hervorgebrachten Ausdruck von einer „Lösung innerhalb der Gesamtheit der Türkei“ messe ich Bedeutung bei. [...] Cevat Önes, Ex-Vize-Chef des

Geheimdienstes und Teilnehmer der Friedenskonferenz 2007 (vgl. *Nützliche Nachrichten 1-2007*)

Das bloße Unterzeichnen eines Bekenntnisses zur in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ist kein Hindernis für eine Einbürgerung. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden.

Das Gericht verpflichtete mit dem jetzt gesprochenen Urteil das Land Baden-Württemberg, die beiden Kläger einzubürgern. Es gab mit seiner Entscheidung zwei in der Türkei geborenen Kurden Recht, denen Mitte der 90er Jahre in Deutschland Asyl gewährt worden war und die 2001 ihre Einbürgerung beantragt hatten.

Das Anliegen der Kurden wurde von den zuständigen Behörden in Baden-Württemberg zurückgewiesen, da die beiden zuvor im Sommer 2001 eine Selbsterklärung der PKK unter der Überschrift „Auch in bin ein PKKler“ unterschrieben hatten. Darin lehnten die Unterzeichner unter anderem das PKK-Verbot in Deutschland ab. Das Land Baden-Württemberg sah in dieser Erklärung eine Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dem widersprachen die Leipziger Richter: Mit ihrer Unterschrift hätten die beiden Männer lediglich ihre Zustimmung zur damals neuen, gewaltfreien Linie der PKK gegeben. Die kurdische Untergrundorganisation PKK ist seit 1993 in Deutschland verboten. (tso/ddp/dpa)



Halil S. erneut festgenommen

Am 12. Januar wurde in Dresden der kurdische Aktivist Halil S. fest- und in Untersuchungshaft genommen.

Erst im Juli vergangenen Jahres hatte ihn ein Gericht wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu einer Haftstrafe von 10 Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt; er war im März 2009 festgenommen worden.

Vermutlich hat der Kurde aufgrund neuerlicher politischer Betätigung gegen die Bewährung verstoßen und ist aus diesem Grunde erneut inhaftiert.

(Azadi)



15 Jahre PKK-Verbot – eine Verfolgungsbilanz

Azadi und die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, Yek-kom, haben aus Anlass des Jahrestages des sog. PKK-Verbots (26. November 1993) eine Broschüre herausgegeben. „Auf mehr als 60 Seiten werden Jahr für Jahr Razzien in Kulturvereinen oder Privatwohnungen, Verhaftungen und Verurteilungen wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung (§129/129a StGB), Vereins- und Versammlungsverbote, Polizeiübergriffe auf Kundgebungen, Aberkennungen des Asylstatus und Einbürgerungsverweigerungen wegen politischer Betätigung, aber auch friedliche Großdemonstrationen und –veranstaltungen für eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts, aufgelistet. Deutlich wird so die ganze Tragweite des PKK-Verbots.“ (aus: junge welt, 1.12.2008)

Die Broschüre kann kostenlos gegen Porto (1,45€) oder gerne auch eine Spende bei AZADÎ e.V. bezogen werden.

AI fordert unabhängige Untersuchungskommissionen bei Vorwürfen von Polizeigewalt

Katharina Spieß, Referentin für Polizei und Menschenrechte von Amnesty International, zeigte sich erstaunt darüber, wie selten Vorwürfe von Polizeigewalt überhaupt zur Anklage kommen und dass Ermittlungen größtenteils eingestellt werden. „Wir schätzen, dass nur extrem wenige Fälle vor Gericht landen. In Berlin folgten 2008 aus rund 550 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten nur zwei Anklagen.“ Dieses Fazit zieht Katharina Spieß in einem Gespräch mit der Frankfurter Rundschau. Sie sehe das Problem in falsch verstandenem Korpsgeist und im Hinblick auf Übergriffe bei Demonstrationen die Nichtidentifizierbarkeit von Polizisten. Deshalb sei eine individuelle Kennzeichnung der Beamten zu fordern. Auch dass die Polizei gegen die Polizei ermittle, solle beendet werden. „Wir setzen uns deswegen für eine unabhängige Untersuchungskommission ein, die statt der Polizei bei Vorwürfen gegen Polizisten ermittelt.“ Dieses Modell gebe es bereits in Irland, Norwegen und Großbritannien. Hiergegen sperren sich Polizeigewerkschaften, die argumentieren, dass „die Kontrolle der Polizei gewährleistet“ sei.

(Azadi/FR, 7.1.2010)

Mit EU-Terrorlisten und Außenwirtschaftsgesetz gegen unliebsame Organisationen

Die Abgeordneten Jan Korte, Wolfgang Neskovic, Petra Pau, Jens Petermann, Frank Tempel und Ulla Jelpke von der Fraktion DIE LINKE haben in einer Kleinen Anfrage mit dem Titel „EU-Terrorlisten und Außenwirtschaftsgesetz“ (AWG) die Bundesregierung danach befragt, welcher politische Zusammenhang hier vorliegt. Zur Antwort heißt es in einer Erklärung u.a.: „Die Verfolgung politisch unliebsamer Personen auf Grundlage des Außenwirtschaftsgesetzes in Verbindung mit der EU-Terrorliste ist ein weiterer Schritt zur Etablierung eines Feindstrafrechts.“

Auf die Frage, wie viele Verstöße gegen § 34 AWG „im Zusammenhang mit auf den EU-Terrorlisten genannten Organisationen und Personen innerhalb des Bundesgebietes“ der Bundesregierung „seit Inkrafttreten der EG-Verordnung 2580/2001“ bekanntgeworden sei, antwortet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie u.a.: „Seitens des Generalbundesanwaltes wurde in drei Fällen Anklage erhoben, in denen auch der Tatvorwurf des Verstoßes gegen § 34 AWG enthalten war. Die Angeklagten betrafen acht Personen. Drei Angeklagte wurden wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung nach § 126b

Abs. 1, i.V.m. § 129a Abs. 1 StGB verurteilt. Der Vorwurf des AWG-Verstoßes gegen diese Angeklagten war zuvor in der Hauptverhandlung nach § 154a StPO eingestellt worden. Gegen zwei Angeklagte wird noch verhandelt. Das Verfahren gegen drei Beschuldigte ist noch nicht eröffnet worden.“

Welche auf den EU-Listen terroristischer Organisationen genannten Gruppierungen oder Einzelpersonen nach Erkenntnissen der Bundesregierung im Bundesgebiet vertreten seien, wollte die Linksfraktion ferner wissen. Das Ministerium listet in ihrer Antwort u. a. auf:

„Volkskongress Kurdistans (Kongra-Gel), vormals PKK/Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (Kadek), Revolutionäre Volksbefreiungspartei – Front (DHKP-C), Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) und HAMAS.

Auf die Frage, wie hoch die eingefrorenen Gelder oder Vermögenswerte der auf den EU-Listen genannten Organisationen gewesen seien, schreibt die Bundesregierung:

„Insgesamt sind 203,93 Euro nach der Verordnung Nr. 2580/2001 eingefroren.“ Die Beträge seien „von den Kreditinstituten gemeldet, bei denen sie eingezahlt worden sind.“

Wie undemokratisch diese EU-Terrorlisten sind, macht die Antwort der Bundesregierung auf die Frage der Abgeordneten, in wie vielen Fällen betroffene Einzelpersonen oder Organisationen gegen Maßnahmen deutscher Behörden vor deutschen und europäischen Gerichten geklagt hätten, deutlich: „Einzelpersonen und Organisationen haben keine Möglichkeit, gegen Maßnahmen deutscher Behörden vor dem Gericht oder dem Gerichtshof der Europäischen Union zu klagen.“

Siehe zu dieser Thematik auch den im Azadi-infodienst Nr. 84 veröffentlichten Text der Rechtsanwältinnen Anni Pues und Britta Eder.

Teilerfolg der MLPD gegen Deutsche Bank

Gekündigte Konten können weitergeführt werden

Im Rechtsstreit der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) gegen die Deutsche Bank wegen der Kündigung von Konten, hat die Partei einen Teilerfolg errungen. Das Landgericht Essen gab dem Antrag der MLPD auf eine einstweilige Verfügung statt. Bis zur Entscheidung im Klageverfahren können die Konten weitergeführt werden. Mitte November 2009 hatte die Bank alle sechs Geschäftskonten ohne Begründung gekündigt; bereits im Februar wurde das Privatkonto des Parteivorsitzenden Stefan Engel bei der Commerzbank gekündigt. Die Versuche der Partei, bei der Nationalbank und der SEB-Bank Konten zu eröffnen,

schlugen fehl. Hinter diesem Vorgehen vermuten die Parteiaktivisten einen „abgesprochenen politisch motivierten Boykott“. In der Verhandlung hat sich der Rechtsanwalt der Deutschen Bank geweigert, die Gründe der Kündigung zu nennen. Voraussichtlich wird in der Hauptsache ab Juli verhandelt.

(Azadi/ND, 9.1.2010)

Militär- und Polizeikongresse in Berlin und Leipzig

Linke rufen zu Protesten auf

Im Rahmen des „13. Internationalen Polizeikongresses“ werden für den 2. und 3. Februar Polizeibeamte, Politiker, Militärs und Mitarbeiter der Sicherheitsindustrie im Congress Center in Berlin erwartet. Veranstalter ist die Verlagsgruppe des Behörden-Spiegel, der im vergangenen Jahr über 1800 Teilnehmer aus 70 Staaten gezählt hat. Die Besucher wollen sich 2010 neben innenpolitischen Themen dem „Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Migration“ widmen. „Herausforderungen für europäische Sicherheitsbehörden“ und „Transatlantische Sicherheitszusammenarbeit in Drittstaaten – Was kann man von den Streitkräften lernen?“ lauten etwa Workshops und Vorträge. Software- und Sicherheitsfirmen werden auch in diesem Jahr ihre Überwachungsprodukte anbieten. Linke Gruppen rufen zu Protesten gegen das Militaristentreffen auf. Für den 2. Februar, 17.00 Uhr, ist eine Demonstration vor der Filiale des Softwareherstellers SAP (Rosenthaler Str. 30) geplant, der den Kongress wie in den Vorjahren unterstützt.

Vom 4. bis 6. Mai wird eine internationale Fachmesse für Polizeiausrüstung in Leipzig stattfinden. Mehr als 500 Aussteller wollen „ein umfassendes Produktspektrum an aktueller Ausrüstung und Zukunftstechnologie für die Zielgruppen Polizei, Grenzschutz, Zoll, Strafvollzug, staatliche Sicherheitsdienste sowie Spezialeinheiten, Feldjäger und Infanterie“ präsentieren.

Kontakt <http://euro-police.noblogs.org>

(Azadi/jw, 9.1.2010)

OLG Stuttgart lädt erneut für Folter Verantwortlichen aus der Türkei als Zeuge

Pro Asyl: Deutsche Justiz darf Folter nicht legitimieren

In dem Hauptverfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der sowohl in der Türkei als auch in Deutschland verbotenen Organisation DHKP-C, ist als Zeuge der Leiter der Anti-Terror-Abteilung der Polizei Istanbul geladen worden. „Damit soll der Leiter der-

jenigen politischen Abteilung der Polizei vernommen werden, die regelmäßig Folter als Mittel gegen politische Widersacher anwendet“, erklärte Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL. Trotz Foltervorwürfe und damit zusammenhängenden Strafanzeigen gegen den Zeugen, hat das OLG Stuttgart den Türken – unter Mitwirkung des Bundeskriminalamtes – am 18. Januar erneut geladen. „Eine Abschöpfung von unter Folter zustande gekommenen Informationen darf es in einem Rechtsstaat nicht geben“, kritisierte Pelzer das Verhalten des Gerichts. Die deutsche Justiz dürfe Folter „nicht legitimieren, indem sie für Folter Verantwortliche als Zeugen anhört.“ Das OLG Stuttgart wird aufgefordert, „die Vernehmung des türkischen Zeugen umgehend einzustellen.“

(Azadi/Presseerklärung Pro Asyl, 18.1.2010)

Es bleibt dabei: Der Feind steht links

Bundesfamilienministerin jagt „Phantom angeblich linker Gewalt“

Erstmals stellt das Bundesfamilienministerium Geld für Projekte gegen „linksextremistische und islamistische Gewalt“ bereit: Zwei Millionen Euro aus nicht verwendeten Haushaltsmitteln aus dem Jahre 2009. Was konkret mit diesem Geld geschehen soll, stehe nach Auskunft eines Ministeriumssprechers noch nicht fest. Das Vorhaben von Ministerin Kristina Köhler (CDU) stößt bei der Opposition, den Gewerkschaften und Extremismusforschern auf harsche Kritik. Durch diesen Aktionismus werde der Akzent zu Lasten der Programme gegen den ihrer Meinung nach viel gefährlicheren Rechtsextremismus verschoben. Es gebe zu wenige Erkenntnisse darüber, wie andere Extremismen zu bekämpfen seien. Aus den Reihen der Linksfraktion wurde darauf verwiesen, dass sich Straf- und Gewalttaten von Neonazis seit Jahren auf einem Rekordniveau bewegten. Die Regierung halluziniere aber ein „Phantom angeblich angewachsener linker Gewalt.“ Die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, warf der Ministerin eine „krude begriffliche Verneinung aller Extremismen“ vor.

(Azadi/FR, 20.1.2010)



BGH: Kurden haben Recht auf Satellitenschüssel und kurdische Sprache

Einer Meldung des Deutschen Mieterbundes zufolge müssen Vermieter ausländischen Mietern eine Satellitenschüssel genehmigen, wenn über Kabel kein Sender aus der Heimat des Mieters empfangen werden kann. Dies hat jetzt der Bundesgerichtshof (BGH) klargestellt. Mieter hätten ein nachvollziehbares und berechtigtes Interesse an einer Satellitenschüssel oder Parabolantenne, um Fernsehprogramme aus ihrer Heimat sehen zu können. Der Entscheidung zugrunde lag der Fall einer Vermieterin, die ihren Mietern Antennen untersagte mit dem Hinweis, sie könnten per Kabelanschluss türkisches Fernsehen empfangen. Die Mieter waren jedoch Kurden. Der BGH sprach ihnen einen expliziten Anspruch auf Fernsehen in kurdischer Sprache zu. **Aktenzeichen: VIII ZR 67/08.**

(Azadi/Bild-Ratgeber v. Januar 2010)

Bundesverfassungsgericht: Keine Auslieferung in die Türkei bei zu erwartender «erschwerter» lebenslangen Freiheitsstrafe

Die 2. Kammer des Bundesverfassungsgerichts hat in ihrem Beschluss vom 16. Januar 2010 die Verfassungswidrigkeit einer Auslieferung bei drohender Verurteilung zu einer sogenannten „erschwerter“

lebenslangen Freiheitsstrafe festgestellt. Bei dem Beschwerdeführer handelte es sich um den Kurden Yildirim K. Ihm war von türkischer Seite vorgeworfen worden, angeblich als Gebietsverantwortlicher der PKK einen Bombenanschlag auf einen Provinzgouverneur beschlossen und angeordnet zu haben. Aus diesem Grunde hatte die türkische Regierung die Auslieferung des Kurden, der sich seit dem 2. April 2009 in Auslieferungshaft befand, beantragt. In der Türkei hätte ihm im Falle einer Verurteilung eine sogenannte „erschwerter“ lebenslange Freiheitsstrafe gedroht ohne die Möglichkeit einer Bewährung oder Begnadigung. Dennoch hatte das Oberlandesgericht Hamm die Auslieferung für zulässig erklärt.

Diese Entscheidung wurde nunmehr vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Eine Auslieferung mit diesem Hintergrund sei mit Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz nicht vereinbar. Hierbei komme es nicht auf abstrakte Lageeinschätzungen an, sondern auf die Gesamtbeurteilung eines jeden Einzelfalls. Diese Beurteilung darf sich laut Bundesverfassungsgericht „nicht der Einsicht verschließen, dass die erschwerte lebenslange Freiheitsstrafe den Verurteilten günstigstenfalls darauf hoffen lässt, in Freiheit zu sterben.“ Auf dieser Grundlage sind die Behörden aufgerufen, neu zu entscheiden. **Aktenzeichen: 2 BvR 2299/09**

(Azadi/Pressemitt.BVerfG v. 20.1.2010)



Figur von Joachim Römer («Korallenkäfer»)
Foto: Holger Deilke

Zukunftsperspektiven in Prozenten

Laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung glauben 53 Prozent der Zuwanderer mit Blick auf die nächsten zehn Jahre an eine gute Zukunft in der Bundesrepublik. Bei den unter 25-Jährigen sind es gar 70 Prozent. Besonders zuversichtlich sind der Umfrage zufolge Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (63 Prozent). Bei Menschen mit türkischer Abstammung sind es dagegen nur 45 Prozent.

(Azadi/ND, 8.1.2010)

Sympathisiert Krefelder Polizei mit Grauen Wölfen?

In einer Presseerklärung zieht das Polizeipräsidium eine „positive Bilanz“ der Zusammenarbeit mit der Union der türkischen und islamischen Vereine in Krefeld. Danach wurden „zur Förderung der interkulturellen Kompetenz von Krefelder Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten“ gemeinsam die „sieben in der Union organisierten Moscheen“ besucht. Außerdem habe man „auch ganz praktisch miteinander kooperiert, wenn es um unsere polizeiliche Nachwuchswerbung ging“.

Recherchen zufolge soll der Vorsitzende des Dachverbandes der Union, Mehmet Demir, Sympathisant der Grauen Wölfe sein. Demir vertritt etwa 14 Vereine in Krefeld und Umgebung, von denen fünf vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (Bericht 2008, S. 207-215) beobachtet werden:

- DITIB-Moscheeverein, ein Kulturverein, der den Grauen Wölfen zugeordnet wird;
- die islamische Gemeinschaft der Milli Görüs IGMG;

- der Verband der islamischen Kulturzentren e.V. VIKZ;
- der türkische Elternverband Krefeld und Umgebung e.V. (der Verein soll beim kemalistischen Kinderfest 2008 und 2009 von Oberbürgermeister Gregor Kathstede unterstützt worden sein) sowie
- der türkische Mutterverein.

(Azadi/Mesop Special/Pressestelle Polizei Krefeld)

PRO ASYL: Flüchtlingen wird mit Asylwiderrufen der Teppich unter den Füßen weggezogen

Laut Statistik des Bundesinnenministeriums ist die Zahl der Asylanträge im Jahre 2009 auf 27.649 gestiegen (2008: 22.085). Nach Auffassung von PRO ASYL müsse der Anstieg um 25,2 Prozent stark dadurch relativiert werden, „dass sich die Zahlen der Asylsuchenden in den letzten Jahren immer im Bereich des historischen Tiefstands bewegt“ hätten. Die sogenannte Gesamtschutzquote sei von 37,7 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 33,8 Prozent gesunken. Weil sich die Situation in Irak keineswegs verbessert habe, stieß auch die zunehmende Zahl von Widerrufern einmal anerkannter Iraker auf die Kritik der Flüchtlingsorganisation. So seien von Januar bis September 2009 in 69 Prozent der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge überprüften Fälle der Asyl- bzw. Flüchtlingsstatus widerrufen worden (im Vergleich 2008: in über 93 Prozent der Fälle erfolgte kein Statuswiderruf).

Ferner habe sich im Rahmen der sogenannten Dublin-Fälle die Zahl der Übernahmeseuchen Deutschlands an Griechenland „fast verdreifacht“, was Berichten von NGOs zufolge eine Abschiebung in die Rechtlosigkeit bedeute. „Obwohl das Bundesverfassungsgericht Dublin-Überstellungen nach Griechenland inzwischen in einer ganzen Reihe von Eilentscheidungen ausgesetzt“ habe, bliebe das Bundesamt „bei ihrer Linie.“ Alles in allem sei laut PRO ASYL die Bilanz negativ zu bewerten, insbesondere wegen der steten Bereitschaft, „anerkannten Flüchtlingen mit Widerrufsentscheidungen den Teppich unter den Füßen wegzuziehen.“

(Azadi/Pro Asyl, 21.1.2010)



Die 1000 Masken der kapitalistischen Moderne

In der Ausgabe vom 9. Januar der italienischen Zeitung „il manifesto“ erschien ein Artikel von Abdullah Öcalan über einen „gerechten Frieden für die Kurden“. So führte er u. a. aus: „Ich selbst habe aus meiner dreimonatigen Odyssee, die mich über Athen, Moskau und Rom führte, historische Lehren gezogen. Der zentrale Begriff in meinen jüngsten Büchern ist die „kapitalistische Moderne“. Diese habe ich bei diesem Abenteuer zusammen mit ihren 1001 Masken und Rüstungen aus nächster Nähe kennen gelernt. [...]

Die eigentliche Kraft der kapitalistischen Moderne liegt weder in ihrem Geld noch in ihren Waffen. Die Fähigkeit, alle Utopien einschließlich des Sozialismus, der jüngsten und stärksten Utopie, gleich einem Zauberer im eigenen Liberalismus zu ersticken, stellt ihre eigentliche Stärke dar. [...] Das Bemühen des türkischen Staates, im Zuge der globalen Terrorismusparanoia unseren demokratischen Kampf als terroristisch zu brandmarken, ist für uns nicht mehr als das altbekannte Propagandaspiel. Denn die Mentalität des türkischen Staates, dem kurdischen Volk bis heute die grundlegenden Menschenrechte zu verweigern, ähnelt mehr als nur ein wenig der autoritären, gleichmachenden faschistischen Mentalität, die im 20. Jahrhundert in Deutschland und Italien Fuß gefasst hatte. [...] Das kurdische Volk wird niemals aufhören, für seine grundlegenden Rechte zu kämpfen. Es wird sich weiter organisieren, um seine Würde und ein Leben in Freiheit anzustreben. [...] Am Ende dieses ersten Artikels am Beginn eines neuen Jahres wünsche ich dem italienischen Volk ein frohes Jahr 2010. Möge dieses Jahr zur Befreiung der unterdrückten Völker, Klassen und Geschlechter beitragen.“

(Azadi/Internationale Initiative/il manifesto)

Abdullah Öcalan und fünf Mitgefangene protestieren gegen Haftbedingungen

Wie nach den Konsultationen der Anwälte von Abdullah Öcalan am 15. Januar bekannt wurde, werden er und die anderen fünf Gefangenen (Şehmûz Poyraz, Cumali Karasu, Bayram Kaymaz, Hasbi Aydemir und Hakki Alkan) des Imrali-F-Typ-Gefängnisses auf Imrali gegen die Haftbedingungen protestieren. „Ich kann die Freunde auf den Belüftungsgängen nicht sehen. Obwohl wir das Recht dazu haben, uns zehn Stunden in der Woche zu sehen, können wir nur eine Stunde zusammen sein. Bisher haben wir uns vier Mal gesehen, das letzte Treffen haben sie auf 50 Minuten reduziert“, erklärte Öcalan. „Wir haben den Entschluss gefasst,

dass wir uns nicht treffen werden, bis die Haftbedingungen verbessert werden.“

(Azadi/ANF/ISKU, 15.1.2010)

Dr. Bahoz: Staatliches Projekt «Kurdischer Aufbruch» in Wirklichkeit «Kriegserklärung»

„Die AKP und Erdogan versprechen die Lösung und einen Aufbruch, aber in Wirklichkeit wollen sie unter einer neuen Parole und neuen Begrifflichkeiten unsere Freiheitsbewegung vernichten. Sie sagen ganz offen, dass ihre Absicht die Vernichtung der PKK ist.“ Dies äußerte das HPG-Führungsmitglied, Dr. Bahoz Erdal, u. a. in einem ausführlichen Gespräch mit der kurdischen Nachrichtenagentur ANF. Um ihr Ziel zu erreichen, greife die Türkei auf eine Gruppe PKK-Kollaborateure bzw. Öcalan-Gegner zurück, die gegen die kurdische Bewegung aufgebaut werden solle. Die Bevölkerung interpretiere dieses Konzept richtig als „Kriegserklärung“. Die AKP rede von der Lösung, „doch ihr Plan ist es, die Kurd(inn)en untereinander zu verfeinden.“ Zur Rolle der Armee äußert Dr. Bahoz u. a.: „Das türkische Militär ist die zweitstärkste Kraft in der NATO. Wenn dieses Militär in den letzten 25 Jahren keinen Erfolg hatte, dann liegt das nicht daran, dass es zu schlecht ausgestattet ist oder zu wenige Waffen besitzt. Das türkische Militär hat moderne, hochtechnologische Waffen eingesetzt. Diese hat es aus den USA, von Israel und der NATO bekommen.“ Doch: nicht nur die türkische Armee, auch die stärkste Armee der Welt, ausgestattet mit der modernsten Technik, hat vor dieser modernen Guerilla, die an ihre gerechte Sache glaubt und auf ihrem Willen beharrt, keine Chance.“ Dies treffe insbesondere auf die kurdische Jugend zu, die durch den langen Freiheitskampf gebildet und selbstbewusst sei. „Ob Krieg oder Frieden 2010 müssen die AKP und der Staat entscheiden. [...] Gegen den demokratischen Widerstand der Bevölkerung herrscht Staats- und Polizeiterror. Das ist ein Krieg, der ganz offen geführt wird. Dieser Krieg soll uns vernichten,“ so Dr. Bahoz in dem Gespräch.

(Azadi/ANF/ISKU, 17.1.2010)



ZUR SACHE: TÜRKEI

Ostkurdistan/Iran: Tödliches Attentat auf für Hinrichtungen kurdischer Aktivisten verantwortlichen Bezirksstaatsanwalt

Der im Iran für die Hinrichtung von Mitgliedern der kurdischen Guerillaorganisation PJAK, Hasan Hikmet Demir (2007) und Fesih Yasemin (6.1.2010) verantwortliche Bezirksstaatsanwalt Weli Haci Qulizade wurde in der Nacht zum 18. Januar getötet. Unbekannte erschossen ihn vor seinem Haus in der Stadt Xoy von einem Motorrad aus. Der Staatsanwalt und ehemalige Kommandant einer Einheit der „Revolutionswächter“ war als Hardliner bekannt; insbesondere gegen kurdische Gefangene übte er massive Repressionen aus. Die kurdische Gefangene

Zara Caferi hat auf bislang ungeklärte Weise im ostkurdischen Gefängnis in Urmiye ihr Leben verloren. Sie war vor 5 Monaten unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer politischen kurdischen Partei verhaftet worden. Eine offizielle Erklärung der iranischen Verantwortlichen zum Tod der Gefangenen gibt es nicht.

Protestierende in Nordkurdistan/Türkei stellten eine Verbindung zwischen dem Vorgehen der Türkei, Syriens und des Iran gegen die kurdische Bevölkerung her und forderten ein Ende des Krieges, der Repression und der Lynchangriffe.

(Azadi/ANF/ISKU, 11.,19.1.2010)

INTERNATIONALES

... und Internes:

In Wiesbaden entsteht US-Hauptquartier für weltweite Kriegseinsätze

Helmut Müller (CDU), Oberbürgermeister von Wiesbaden, Colonel Jeffrey W. Dill und Thomas Schäfer vom hessischen Finanzministerium griffen zum Baustart der Europazentrale der US-Armee in Erbenheim zu Schaufel und Helmen. Bis zum Jahre 2012 soll Wiesbaden „eine Schlüsselrolle einnehmen – auch als Einsatzzentrale für die Kampftruppen“, sagte der US-Kommandeur Jeffrey W. Dill. Mindestens 1000 Militärarbeitsplätze sollen entstehen rund 160 Millionen Euro für neue Führungs- und Kommandogebäude investiert werden. Neben dem Hauptquartier sind Gebäude für Unterstützungseinheiten geplant, die weitere 70 Millionen Euro verschlingen sollen. Außerdem wird seit zwei Monaten an einer neuen amerikanischen Wohnsiedlung gebaut.

Für Oberbürgermeister Müller ist die Präsenz des US-Militärs ein Anknüpfungspunkt an die Geschichte der Amerikaner in Wiesbaden, weil nach Kriegsende von Erbenheim aus die Einsätze der „Rosinenbomber“ nach Berlin koordiniert worden seien. Finanzstaatssekretär Schäfer würdigte die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Amerikanern und dem Land Hessen. Beweis hierfür sei die Ansiedlung des Hauptquartiers.

(Azadi/FR, 20.1.2010)

Mehr US-Militärgerät nach Israel

Zur Umsetzung eines im Dezember 2009 geschlossenen Vertrages, wird die US-Armee künftig Militärausrüstung im Wert von 800 Millionen Dollar in Israel stationieren; bislang lag die Obergrenze bei 400 Millionen. Nach Angaben aus Militärkreisen in Washington kann das Militärgerät auch von Israel genutzt werden. Es handelt sich um Panzer, Raketen, Munition und andere Ausrüstung für mögliche Operationen.

(Azadi/ND, 13.1.2010)

Folgeschwere Kriegseinsätze

Zunahme von Suiziden unter Soldaten

Dramatisch zugenommen hat in den USA die Zahl der Selbsttötungen unter ehemaligen Soldaten, insbesondere von Heimkehrern aus dem Irak und Afghanistan. Das Ministerium für Kriegsveteranen (VA) spricht von einem Anstieg um 26 Prozent für den Zeitraum 2005 bis 2007. Ein Fünftel der jährlich 30 000 Selbstmorde in den USA werde von Kriegsveteranen begangen als Folge auf die Kriegseinsätze – wie Experten den Anstieg der Suizide begründen. Aus einer Studie der Denkfabrik „Rand Corporation“ geht hervor, dass rund 20 Prozent aller Heimkehrer wegen posttraumatischer Belastungsstörungen behandelt werden müssten. Auch Armeeangehörige an den Fronten halten dem Druck nicht mehr stand. So töteten sich 147 aktive

Soldaten von Januar bis November 2009, 20 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Suizide unter Reservisten erhöhten sich von 50 auf 71. Präsident

Barack Obama hat angekündigt, das Budget des Veteranenministeriums in den kommenden fünf Jahren um 25 Milliarden Dollar aufzustocken.

(Azadi/jw, 16.1.2010)



IN EIGENER SACHE

Die Wirtschaftskrise bedroht die Spendeneinnahmen von Hilfsorganisationen. Laut einer repräsentativen Umfrage haben nur 56 Prozent der Bürger in diesem Jahr etwas spendet oder wollen es noch tun. Im vergangenen Jahr waren es noch 63 Prozent gewesen.

Auch AZADÎ bleibt von dieser Entwicklung leider nicht verschont. In den letzten beiden Jahren mussten einerseits eine Reihe von Fördermitgliedern ihre Mitgliedschaft aus finanziellen Gründen kündigen. Auf der anderen Seite waren gravierend weniger Menschen bereit und in der Lage, unsere Arbeit durch Spenden zu unterstützen.

Da Solidaritätsarbeit aber leider nicht ohne Geld auskommt, wollen wir an alle appellieren, die sich den Kurdinnen und Kurden und unseren Aktivitäten verbunden fühlen, gegen den Trend zu handeln.

Schon mit einem monatlichen Beitrag von 5,- Euro können Sie / kannst Du Fördermitglied von AZADÎ werden. Uns würde das sehr helfen und Ihnen /Dir können wir wegen unserer Gemeinnützigkeit eine Spendenquittung ausstellen.